

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

11.6.1868 (No. 137)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 11. Juni.

Nr. 137.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Des Frohnleichnamsfestes wegen erscheint morgen kein Blatt der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

† **Berlin**, 10. Juni. Der „Prov.-Korresp.“ zufolge tritt der König seine Badereise Anfangs Juli an. — Der Bundesrath nahm in seiner heutigen Sitzung (unter dem Vorsitz v. Friesen's) die Gesekentwürfe betreffend die Schließung und Beschränkung der Spielbanken, sowie den Postvertrag mit Belgien, an. — In der heutigen Reichsraths-Sitzung wurde das Gesetz über eine Anleihe von 10 Millionen zu Marinezwecken eingebracht. Die verantwortliche Verwaltung wird der preussischen Staatsschulden-Kommission übertragen, die durch drei Bundesraths- und drei Reichstags-Mitglieder verstärkt wird. Die Oberleitung übernimmt der Bundeskanzler.

† **Wien**, 9. Juni. Die „Presse“ bringt eine aus römischer Quelle stammende Mittheilung, wonach in der nächsten Allokation des Papstes der Lockerung des Konfordsats nicht gedacht werden würde.

† **Florenz**, 9. Juni. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurde der Antrag, die im Ausland befindliche, auf Namen lautende Rente von der Couponsteuer zu befreien, mit großer Majorität abgelehnt; angenommen wurde der Artikel 4, welcher nur das Anleihen vom März 1855 ausschließt.

† **Paris**, 10. Juni. Der „Constitutionnel“ sagt, daß Billault gestern den Budgetbericht eingebracht. Die Diskussion über das Budget wird wahrscheinlich am 22. Juni beginnen.

In Betreff der in Luxemburg zu Gunsten einer Annexion an Frankreich vorgefallenen Demonstrationen sagt der „Constitutionnel“, daß die Verhältnisse Luxemburgs durch die Londoner Konferenz geregelt seien. Keine Zweideutigkeit sei möglich. Kein seitdem hinzugegetretener Zwischenfall ermächtigt, an dem festen Willen aller Mächte, den bestehenden Zustand zu erhalten, zu zweifeln. Die Agitation in Luxemburg habe keinen andern Werth (importance), als den, eine Zeitungs polemik hervorgerufen zu haben.

Deutschland.

München, 8. Juni. (Bayr. Bl.) Nachdem der Kommissär für den Vollzug des Artikels XIV des Friedensvertrags mit Preußen, Regierungsdirektor v. Hörmann, in Folge seiner Ernennung zum Staatsminister des Innern seines Kommissionsmandats enthoben worden ist, wurden durch das Staatsministerium des Kön. Hauses und des Königs im Einverständnis mit den Staatsministerien des Innern und der Finanzen, der Regierungsrath Heckenlauer bei der Regierung von Unterfranken und Altsachsen für den Vollzug der §§ 86, 91 und 100 des Schlussvertrages vom 3. August 1867, und der Regierungsrath Frhr. v. Stengel bei derselben Regierung für den Vollzug aller übrigen Bestimmungen des Schlussvertrages, sowie des Artikels XIV des Friedensvertrags überhaupt, als Kommissäre der bayerischen Regierung aufgestellt und letzterem der Regierungsdirektor der Kön. Regierungskammer von Unterfranken, Welle, als Kommissär beigegeben.

Wiesbaden, 9. Juni. Wie man dem „Frf. Journ.“

* Eine Fautprobe.

(Fortsetzung aus Nr. 136.)

„Jetzt, Agnes, von nun an kein Wort mehr über diesen Gegenstand, denke daran“, sagte er in bestimmtem Tone, küßte sie zärtlich auf die Stirne und führte sie mit sanfter Gewalt an die Thüre.
„Du mußt jetzt zu Bette gehen, gute Nacht, Schwester.“
„Gute Nacht, Bruder.“ Bitter blieb sie noch einen Augenblick auf der Schwelle stehen, dann verschwand sie.

Als Leonhard sich allein sah, stellte er sich an das Kamin und lehnte den Kopf an den hohen Kamin Sims. Der tiefe Seufzer, der sich seiner Brust entrang, war das einzige Zeichen des Schmerzes, der in ihm wühlte. Es war ein neuer, bis dahin ungelannter Schmerz, der aber mit so viel Glückseligkeit vermischt war, daß er gar nicht versuchte, ihn mit seiner sonst so festen Willenskraft zu bekämpfen. Für eine kurze, sehr kurze Zeit hatte er das höchste irdische Glück gekostet und einmal wenigstens hatte dies Glück sein bis dahin düstres, sorgenvolles Leben mit Licht und Wärme verklärt.

Es gibt wohl keinen Mann, der zum erstenmale wahrhaft liebt und den Blick der erwiderten Liebe sieht, der ihm eine neue Welt voll nie gekannter Seeligkeit eröffnet, über die er allein herrschen soll, die zu betreten ihm allein das Recht zukommt; es gibt wohl keinen Mann, der das erkannt und nicht die Tiefe dieses Glückes zu würdigen wüßte. Leonhard hatte dieses Glück gekostet, aber die Pforte zu dem Eden hatte sich hinter ihm geschlossen und er stand allein in der kalten dunkeln Außenwelt. In dieser grauen Wirklichkeit machte sich die Wahrheit in bitterer Weise geltend. Die süße Ueberzeugung, daß er nicht allein liebt, daß seine Gefühle erwidert wurden, verlor nicht nur ihre beglückende Macht, sondern steigerte sein Seelenleiden bis zur Qual. Zum erstenmal in seinem Leben kämpfte sich sein Herz gegen die oft erprobte Kraft des Willens, zum erstenmal rief er aus tiefer Seele: „Es ist mehr als ich ertragen kann!“

schreibt, liegt es in der Absicht der Staatsregierung, die drei evangelisch-protestantischen Konsistorien in Frankfurt a. M. aufzulösen und deren Funktionen dem Konsistorium für den Regierungsbezirk Wiesbaden zu übertragen. Um sich über die speziellen kirchlichen Verhältnisse Frankfurts genauer zu informieren und einen Plan der Reorganisation der dortigen kirchlichen Verhältnisse auszuarbeiten, hat sich der Geh. Oberregierungs-rath v. Brittwig, der weltliche Vorstand unseres Konsistoriums, vor einigen Tagen nach Frankfurt begeben. Der Delegirte des Kultusministers soll sich sehr bestimmt über die oben angeführte Ansicht der Staatsregierung ausgesprochen und das Aufheben der Konsistorien in Frankfurt in nahe Aussicht gestellt haben.

Oldenburg, 4. Juni. Heute Morgen fand die Eröffnung des Landtags durch den Minister v. Berg statt. Als Hauptzweck der Einberufung des Landtags zu der jetzigen, manchen Abgeordneten nicht gelegenen Zeit gibt die Eröffnungsrede die durch die Anforderungen des Norddeutschen Bundes notwendig gewordene Regelung des Staatshaushalts an, indem die wesentlichsten Vorlagen die Eröffnung neuer Einnahmequellen und Erzielung von Ersparnissen bezwecken, wobei der Großherzog selbst Opfer zu bringen sich bereit erklärt habe. Es fand heute nur die Wahl des Präsidiums und die Verteilung der Vorlagen statt.

Bremen, 7. Juni. Die „Wes.-Ztg.“ ist ermächtigt, die Behauptungen einer Bremer Korrespondenz in der „Nationalzeitung“ wegen angeblicher Vorstellungen in Bezug auf die kirchlichen Verhältnisse Bremens, welche durch Vermittelung des hanseatischen Ministerpräsidenten in Berlin hieher gerichtet worden seien, durch die bestimmte Erklärung zu entkräften, „daß jene Verhältnisse dem erwähnten Gesandten gegenüber bisher mit keiner Sylbe von Seiten eines Mitgliedes der preussischen Regierung berührt worden sind.“

Mendelsburg, 5. Juni. Wie die „Frf. Nachr.“ vernehmen, ist in jüngster Zeit die hiesige Festung Gegenstand der Berathung im Kriegsministerium gewesen; es soll dahin entschieden worden sein, daß Mendelsburg nicht als Festung, wohl aber als „fester Waffenplatz“ künftig angesehen und danach verfahren werden solle. Demgemäß müßte ein Theil der noch vorhandenen Wälle und Mauern der Demolirung überliefert werden, und würde die Stadt für ihre territoriale Erweiterung und Entwicklung den notwendigen Raum gewinnen, woran es bisher so sehr gefehlt hatte.

Berlin, 8. Juni. Der Gesekentwurf über die Schließung und Beschränkung der öffentlichen Spielbanken, der dem Bundesrath vom bundesrätlichen Justizauschuß vorgelegt ist, hat nachstehenden Wortlaut:

- 1) Öffentliche Spielbanken dürfen weder konfessionirt, noch gebildet werden.
- 2) Die gegenwärtig konfessionirten Spielbanken werden, soweit ihre Schließung in Gemäßheit der Landesgesetze nicht früher eintritt, mit Ablauf der Zeit, für welche die Konzeßion erteilt ist, spätestens aber am 31. Dezember 1872 geschlossen. Es ist jedoch bei diesen Banken das Spiel an Sonn- und Feiertagen mit dem Tage verboten, an welchem dies Gesetz in Geltung tritt.
- 3) Aus den bestehenden Konzeßionen und Spielbank-Verträgen, welche in Gemäßheit der vorhergehenden Bestimmungen beschränkt oder aufgehoben werden, finden weder Entschädigungsansprüche gegen den Bund, noch überhaupt Entschädigungsansprüche wegen entgangenen Gewinnes statt.

Als Agnes am folgenden Morgen herunter kam, fand sie ihren Bruder mit einem offenen Briefe in der Hand am Fenster stehend.

„Agnes“, sagte er mit leiser Stimme, „ich habe so eben erst diesen Brief geöffnet.“

„Er war schon gestern Nacht da; enthält er böse Nachrichten?“

„Unser Oheim Fellowes ist todt.“

„Todt — Oheim Fellowes!“ Ein blitzschneller Gedanke machte ihr Herz so rasch schlagen, daß sie nach Athem ringen mußte, und mit fragendem Blick sprachlos auf ihren Bruder sah.

„Es ist kein Testament vorhanden und ich bin sein gesetzlicher Erbe.“

Kapitel IV.

Die ersten Tage waren vorüber. Welch eine Zeit war dies gewesen! Eine wunderbare Umwälzung schien mit der bisherigen alten Welt stattgefunden zu haben. Neues Leben, neue Lust, neue Wärme, überall Licht und Glanz, obgleich die Tage abnahmen, obgleich schwere graue Wolken am Himmel hingen, durch welche kein Sonnenstrahl drang, und obgleich die Erde in grauen Nebel gehüllt war.

Leonhard Ros war verlobt mit Rosamunde Bellew. Dr. Bellew war überaus nicht erfreut gewesen, und vermochte sich nicht mit dem Gedanken zu befriedigen, daß sich sein Schreiber plötzlich in einen Millionär verwandelt hatte. Daß ein Millionär sein Schwiegersohn werde, war schon eher begreiflich, demungeachtet kam ihm die Sache zu unerwartet, und deshalb seltsam vor, noch mehr aber war er über Rosamundens offenes Geständniß ihrer Liebe zu Leonhard verblüfft. Da jedoch kein Grund zu Einwendungen von väterlicher Seite vorlag, so erteilte er seine Einwilligung, allein es brauchte einige Zeit, ehe er sich in die neue Gestaltung der Dinge fand und ehe er sich mit dem Gedanken vertraut machen konnte, Leonhard Ros der Schreiber sei ein reicher Mann wie er und deshalb vornehm genug, um seine Tochter zu heirathen. Rosamunde und Leonhard kam es nicht merkwürdig, sondern

Da die Spielbank-Konzeßion für Travemünde mit der Badesaison von 1872 abläuft und vom Lübecker Senat nicht erneuert werden soll, so kommen bei vorstehendem Gesek nur Rauhheim, Pyrmont und Wildungen in Betracht. In Rauhheim läuft der Spielvertrag bis Ende 1877, in Pyrmont bis 30. April 1873, in Wildungen bis 1885.

Im Reichstag ist vom Abg. Dr. Reindke der Antrag eingebracht, daß ein nach erfolgter Auszahlung als beschlußunfähig erwiesenes Haus nicht nur nicht zur Abstimmung, sondern auch nicht zur Fortsetzung der Diskussion befugt sein solle. Der Antrag ist der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Berlin, 9. Juni. Sitzung des Reichstags vom 9. Juni.

Die Versammlung genehmigte heute ohne Diskussion den Telegraphenvertrag mit Luxemburg und die Wahl Harfort's. Die Spezialdiskussion des Etats des Bundeskanzleramtes, welche Präsident Delbrück einleitete, um den Mehraufwand durch den vergrößerten Geschäftskreis zu rechtfertigen, benutzte Abg. v. Kirchmann, um offene Auskunft über die Stellung des preussischen Kriegsministers zum Bundeskanzler, über die Fortdauer des Militärkabinetts und über die Stellvertretung des Bundeskanzlers im Falle längerer Unwohlseins zu erbitten. Präsident Delbrück lehnt ein näheres Eingehen auf diese Fragen aus dem Grunde ab, weil es dem Oberfeldherrn, dem Präsidium und dem Kanzler des Bundes zu überlassen sei, wie sie die von ihnen ressortirenden Einrichtungen am besten leiten und konservirten. In den Geschäftskreis des Reichstags traten diese Fragen erst dann, wenn er für darauf bezügliche personelle oder sachliche Einrichtungen Geldmittel zu bewilligen habe. Graf Frankenberg beantragt für das Germanische Museum in Nürnberg 6000 Thlr. im Ordinarium regelmäßig zu bewilligen, ändert jedoch, als Präsident Delbrück dem Antrage überhaupt, und die Abg. Lewsten u. v. Hennig ihm in dieser Form widersprechen, denselben dahin ab, daß dem Museum eine Unterstützung gewährt werde. Für seine ursprüngliche Form treten die Abg. Gebert und v. Rabenau eifrig ein, der Letztere mit einem heftigen Angriff gegen die Zänkerie des Hauses über die Marine, die in Süddeutschland so ungemein böses Blut machten. Da Abg. v. Hennig Verwahrung gegen diese „Zwecklose“ einlegt, nimmt Hr. v. Rabenau den von ihm gebrauchten Ausdruck, aber nicht die von ihm behauptete Thatsache zurück. Dann nehmen sich Miquel und Dr. Garnier des modifizirten Antrags lebhaft an, dergleichen Laster des im Lauf der Diskussion erwähnten deutschen Rechtsschutzvereins in London, dessen Thätigkeit der ihr gebührende Dank nicht gezollt worden sei. In der modifizirten Gestalt wird der Antrag des Grafen Frankenberg einstimmig genehmigt.

In Bezug auf die Kommission für die Zivil-Prozeßordnung behauerte Abg. v. Kirchmann, daß dieselbe zu theuer, zu langsam, ohne Heranziehung von Anwälten und ohne Publizität arbeite. Abg. Lefse findet einen Aufwand von 2700 Thlr. monatlich für eine so große Kommission nicht zu hoch, wünscht aber ebenfalls Oeffentlichkeit und Zuziehung von Anwälten bei der zweiten Lesung, da die Wissenschaft an jedem fertigen Abschnitt rechtzeitig ihre Kritik üben müsse, zumal der Zeitraum zwischen der Vollendung der ganzen Arbeit im Lauf dieses Jahres und der Einbringung im nächsten Reichstag („hoffentlich“) sagt Lefse und Präsident Delbrück macht eine zustimmende Bewegung) voraussichtlich ein sehr kurzer sein werde. Eine Entgegnung vom Tisch der Kommissäre erfolgt nicht.

Ohne Diskussion wird der Rest des Etats des Bundeskanzler-Amtes und des Reichstags genehmigt. Zum Etat der Bundeskonsulate beantragt Abg. Dr. Friedenthal die schleunigste Einrichtung eines

ganz natürlich vor, und sie waren überglücklich. Die goldenen Tage dieser beiden Wochen hatten ihnen genug Seeligkeit gebracht, um damit ein ganzes Leben auszufüllen. Nach Ablauf dieser so rasch wie ein schöner Traum verflissenen Tage sollte Leonhard sich nach Wilsford, der großen Stadt begeben, in deren Nähe seines Oheims Besitzungen lagen und wo dieser gehorben war, um Besitz von den Gütern zu nehmen und verschiedene, nicht nur die Hinterlassenschaft, sondern auch seine Heirath betreffende Geschäfte zu ordnen. Zwei Hochzeiten sollten zu Anfang des Frühlings stattfinden. Agnes erwartete ihren Seemann, der von Indien kam, um sie mit sich fortzunehmen, und Leonhard wollte sich mit Rosamunde an demselben Tage trauen lassen. Der süße Traum vieler langen Jahre sollte verwirklicht, der Platz, wo Leonhard geboren, den er Fremden hatte überlassen müssen, sollte nun wieder sein eigen und die Heimath werden, wo er sein junges Weib hinführte. Die Zeit der Abreise nahte und er ging. Nur für eine Woche, denn eine Woche mußte hinreichen, um Alles zu ordnen, und am Christtag-abend wollte er zurückkehren. Es war dies kaum eine Trennung zu nennen, wie Rosamunde sagte; dennoch zitterten ihre Lippen und ihre Augen standen voll bitter Thränen, die sie zurückzudrängen sich vergeblich bemühte, als Leonhard in den Wagen stieg, der ihn an die Eisenbahn brachte. (Fortsetzung folgt.)

— Die „Wien. Ztg.“ enthält die Ernennung einer großen Anzahl von Kunstfreunden und Künstlern des In- und Auslandes zu Ehrenmitgliedern und wirklichen Mitgliedern der Akademie der bildenden Künste in Wien. Wir finden unter Anderen aufgeführt: S. P. Altemand, Fr. v. Schad, Dr. F. Th. Bischof, Carriere, E. Genelli, W. v. Kaulbach, Fr. Lessing, Schnorr v. Carolsfeld, Jul. Hähnel, G. Semper, A. und D. Schenbach, A. Menzel in Berlin, Pilots, Preller, Riebel in Rom, E. Schleich x.

Bundeskonkulsats in Pesth-Ofen. Geh. Legationsrath Koenig stellt die Anstellung eines Bundeskonsuls daselbst in Aussicht, da die österreichische Regierung die Ertheilung des Exequatur nicht mehr beanstandet und ein französisches Konsulat bereits eingerichtet sei. Der Etat selbst wird genehmigt.

Der Marine-Etat wird auf Zweifeln's Antrag von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, da der Bundesrath dem Vornehmen nach eine neue Vorlage, betr. die Fortführung der Marinebauten u. s. w., vorbereitet. Präsident Delbrück bestätigte die Mittheilung Zweifeln's.

Im Etat des Bundeskanzler-Amtes ist einmalige außerordentliche Ausgabe von 150,000 Thlr. für die Erwerbung eines Grundstücks für den Bund, erste Rate, angesetzt. Dies veranlaßt eine längere Debatte, an der sich die Abgg. Geber, v. Gerverde, Zweifeln, Grumbrecht u. A. beteiligen. Auf Antrag des Abg. Laster wird beschlossen, den Gegenstand bis zum Schluß der Budgetberatung auszusetzen.

Bei der Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern berührt Abg. Schleidens das Verhältnis Altonas, zum Zollverein. Präsident Delbrück erklärt, die Vereinigung beider Mecklenburg mit dem Zollverein sei sehr nahe bevorstehend, der Termin jedoch noch unbestimmt. Der Gegenstand wird dem Betrieb stehender Gewerbe über die Handelskommission überwiesen.

Berlin, 9. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Nachdem wir die Kompetenz des Zollparlaments hinsichtlich des bekannten Antrags des Hrn. Abg. Bamberger in verschiedenen Artikeln nachgewiesen, und in dieser Beziehung mit Ausschluß einiger Organe der „süddeutschen Fraktion“, namentlich der „Volkspartei“, so ziemlich mit aller Welt und in Uebereinstimmung befinden, kann es nicht unsere Aufgabe sein, den vereinzelten Widerspruch, welchen die „Darmstädter Ztg.“ fortzusetzen für gut hält, noch ferner zu berücksichtigen. Das eine Organ des Zollvereins, das Zollparlament, hat sich für die Kompetenz ausgesprochen; wir glauben in der Annahme nicht zu irren, daß das andere Organ, der Zoll-Bundesrath, ein Gleiches thun werde. Damit würde denn diese Frage definitiv erledigt sein, und der in der Minorität gebliebene Staat wird sich demselben anschließen müssen, daß die Zeiten des liberum veto vorüber sind. Unseres Erachtens kann es auch selbst für den ehrgeizigsten Staatsmann eines kleinen Staates nichts Berührendes haben, einem Votum sich zu fügen, hinter welchem der Wille einer so überwältigenden Majorität steht, wie in diesem Fall, wenn unsere obige Voraussetzung gegründet ist.

Berlin, 9. Juni. Die bisher durch die Presse verbreiteten Nachrichten über die Reise Sr. Maj. des Königs und des Grafen Bis marck werden von der „Zeidler. Korresp.“ als unrichtig und bezw. verführt bezeichnet. Es seien bis jetzt noch keine Dispositionen getroffen worden. — Die Nachricht, daß der preussische Botschafter in Paris, Graf v. d. Goltz, wiederum leidend sei, wird von demselben Organ bestätigt. Man fürchte, daß die Operation wiederholt werden müsse. — Es soll jetzt feststehen, die drei bisher bestandenen preussischen Konstitutionen zu einem in Marburg zu etablierenden zu vereinigen. — Nach einer Mittheilung an die „N. Hann. Ztg.“ wird, nachdem im Bundesrath keine bestimmte Ansicht über die für die Eisenbahn von Dsnabrück nach Bremen zu wählende Richtung sich geltend gemacht hat, die preussische Regierung nun selbst Beschluß fassen, und zwar ohne Zweifel zu Gunsten der südlichen Linie.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Juni. (Köln. Ztg.) Der kirchliche „Volksfreund“ veröffentlicht heute die erste bischöfliche Auslassung bezüglich der nunmehr in Rechtskraft getretenen konfessionellen Gesetze, nämlich eine Currende des Bischofs Fehler von St. Pölten an den Klerus seiner Diözese. Das Blatt theilt nur ein Bruchstück dieses Schriftstücks mit und verspricht gleichzeitig, einen Hirtenbrief desselben Bischofs an die Gläubigen seiner Diözese über das Ehegesetz nächstens zu bringen. In dem Currendefragment erklärt der Bischof seinen Geistlichen, die am 25. Mai erlassenen neuen Staatsgesetze hätten das Konkordat zwar in einigen Punkten aufgehoben oder abgeändert, aber nur in seiner Eigenschaft als Staatsgesetz; dagegen bleibe es als Kirchengesetz für die Katholiken in Oesterreich so lange verbindlich, bis auch der Papst diese nämlichen Punkte aufhebe oder abändere. Die kirchlichen Vorschriften des Konkordats seien also noch immer so weit als möglich zu befolgen. Da die Geistlichkeit dabei die staatliche Unterstützung nicht mehr ansprechen könne, so müsse sie nach Möglichkeit sich selbst helfen. Die von den neuen Gesetzen nicht berührten Theile des Konkordats beständen ohnedies auch als Staatsgesetz noch in voller Rechtskraft fort. Da übrigens bei dem neuen Ehegesetz weder der Zeitpunkt, wann es in Wirksamkeit zu treten habe, noch die erforderlichen Ausführungsverordnungen bekannt gemacht seien, so habe die Geistlichkeit in Ehefachen ganz wie bisher zu verfahren. Ebenso habe sie sich bezüglich des neuen Schulgesetzes zu verhalten, bis die neuen Staatsorgane zur Leitung und Aufsicht der Volksschulen im gesetzlichen Wege zu Stande kommen werden. Schließlich folgt die Versicherung, daß der Bischof sich bestreben werde, den unheilvollen Bruch zwischen Staat und Kirche wo möglich zu vermeiden, daß er aber die Rechte der Kirche wahren und die Pflichten des Gewissens erfüllen müsse. Abgesehen von den letzten Sätzen, in welchen der Bischof gewissermaßen drohend darauf hinweist, daß die katholische Kirche noch aus jedem Kampf siegreich hervorgegangen sei, daß aber in diesem Fall Oesterreich zu Grunde gehen könnte, ist das Schreiben in keinem, der neuen Ordnung der Dinge feindseligen Tone gehalten, und wenn die Versicherung des „Volksfreund“, daß die meisten Kundgebungen der übrigen österreichischen Bischöfe dieser Currende entsprechen werden, sich bewahrheitet, so steht zu hoffen, daß die Aera des konfessionellen Habers in Oesterreich bald abgeschlossen sein und fortan ein besseres Einvernehmen zwischen Volk und Geistlichkeit zur Regel werden wird.

Wien, 9. Juni. (N. Fr. Pr.) Dem Abgeordnetenhaus bleibt nach Erledigung der Finanzvorlagen noch die Steuerfrage zu lösen, rückfichtlich deren vorerst den neuen Vorlagen des Finanzministers entgegenzusehen ist. Inzwischen wird die Wahrscheinlichkeit immer größer, daß die Sei-

sion des Reichsraths erst mit Ablauf dieses Monats ihr Ende erreichen wird. Ein Termin ist in diesem Augenblick noch nicht festgesetzt. Der Entwurf des neuen Wehrgesetzes wird, wie wir hören, in dieser Session nicht mehr zur Vorlage kommen.

Es scheint sich zu bestätigen, daß Prinz Napoleon nächsten Freitag nach Prag reist, dann aber wieder nach Wien zurückkehrt und nach kurzem Aufenthalt nach Pesth weiter reist. Das Auftreten des Prinzen ist durchaus nicht derart, als hätte seine Reise bestimmte politische Zwecke, oder als hätte er hochpolitische Aufträge. In gewissen polnischen Kreisen herrscht aus Anlaß der Anwesenheit des Prinzen große Bewegung, und hat letzterer schon mehrere polnische Herren, die jedoch außerhalb des Reichsraths stehen, empfangen.

Wien, 9. Juni. Der Prinz Napoleon und die hannoversche Königsfamilie haben sich Besuche abgestattet, aber sich noch nicht gesehen. Der Prinz traf die königliche Familie, die königliche Familie bei ihrem Besuche den Prinzen nicht zu Hause. Auch der ehemalige Minister Graf Platen hat dem Prinzen seine Aufwartung gemacht. Heute ist übrigens, von dem Herzog, ihrem Gemahl, in Passau eingeholt, die Herzogin von Nassau hier eingetroffen.

Wesb, 8. Juni. Mehrere größere Gemeinden protestiren gegen ihre Namensunterzeichnung unter der vom Abg. Madaras eingereichten Monsterepetition (auf Aufhebung des Ausgleichs mit Cisleithanien).

Franreich.

Paris, 8. Juni. (Köln. Ztg.) Als Marquis v. Moustier dem Fürsten Metternich das Versprechen gab, die Entscheidung des Reichsraths bezüglich der Couponsteuer solle, wie sie immer auch ausfalle, keinesfalls die bestehenden guten politischen Beziehungen zwischen Paris und Wien störend zu beeinflussen im Stande sein, mochte er sich doch wohl noch mit der Hoffnung getragen haben, daß in Aussicht gestellte Plaidoyer des Hrn. v. Beust als Deputirter des Reichsraths gegen diese Maßregel werde sich eines besseren Erfolges zu erfreuen haben, als das Resultat dies schließlich ergeben. Darum herrscht auch heute in allen Kreisen, welche mit dem auswärtigen Amt in irgend welcher Verbindung stehen, eine Stimmung der Ueberraschung und Enttäuschung vor, welche sich nicht immer darauf beschränkt, Oesterreich gegenüber sich zu der Rolle stummer Resignation zu bequemen. Im Grund dürfte es aber schließlich viel zu sagen haben, wenn das französische Ministerium des Aeußern beschließt, die von ihm einmal in Wien angeregte Frage, im Sinn der von ihm bereits gemachten „Freundschaftlichen Einwendungen“, auch nach der Entscheidung der Volksvertretung nach wie vor als „eine schwebende Frage“ zu behandeln. Und da die Oesterreicher einmal entschlossen sind, ferner nicht mehr an den Kredit des Auslandes zu appelliren, so wird ihnen die eventuelle Streichung ihrer Werthpapiere von der offiziellen Börse notirung zu Paris auch nicht Schmerzen verursachen.

Die Aufregung im Charente-Departement dauert fort, und man befürchtet in Montendre, St. Savin, Reignac und Croix Gente neue Unruhen. Von Libourne wurden mehrere Schwabronen Lanciers nach diesen Gegenden abgeand. Ueber den Prozeß, der gegen diese eigene Art von Ruhestörern in Folge der Szenen von Donnezac eingeleitet worden war, vernimmt man Folgendes. Derselbe begann am letzten Dienstag vor dem Zuchtpolizeigericht von Blaye. Die Angeklagten sagten in ihrem Verhör aus, daß sie sich nach Donnezac einzeln und allein in der Absicht begeben hätten, um die Wiederherstellung des Zehnten zu verhindern; sie seien überzeugt gewesen, daß, wenn das Bild mit den Lehren zwei Stunden in der Kirche ausgestellt geblieben wäre, dieses feindliche Recht von selbst Staatsgesetz werden würde. Sie fügten noch hinzu, daß man sie mit Mißhandlungen bedroht hätte, wenn sie sich nicht an dem Aufstand beteiligten, und meinten, sie hätten übrigens ohne Aufhören „Es lebe der Kaiser!“ gerufen. Dreißig Zeugen wurden vernommen, darunter die Pfarrer von Reignac, Générac und Donnezac. Am Donnerstag war der Prozeß erst zu Ende. Zwei wurden freigesprochen und sieben zu einer Gefängnißstrafe von drei Monaten bis zu zehn Tagen verurtheilt. Unter den Verurtheilten befindet sich auch ein Gemeinderath. Vier andere Individuen werden noch verfolgt, darunter einer, welcher vor der Thür der Kirche von Donnezac dem Pfarrer Dupont einen alten Hut auf den Kopf drückte und ihn mit einem Stock und einem Stein bedrohte.

Paris, 9. Juni. Durch Kaiserl. Dekret werden auf's neue Hr. Alfred Le Roux zum Vizepräsidenten, und die Hrn. Hebert und de Romeuf zu Quästoren des Gesetzgeb. Körpers ernannt.

Heute Morgen fand im Tuilerienpallast unter Vorsitz des Kaisers eine Sitzung des Ministerrathes statt. Um 4 Uhr Nachmittags reiste der Kaiser mit der Kaiserin und dem Kaiserlichen Prinzen nach Fontainebleau ab.

Dem „Journ. de Par.“ gehen Nachrichten aus Rom zu, denen zufolge der Papst sich wiederum und in sehr unumwundener Weise geweigert haben soll, dem Erzbischof von Paris, Mgr. Darbois, den Kardinalspurpur zu verleihen, so daß durch diese Weigerung die Stellung des Hrn. v. Sartiges in Rom sehr schwierig geworden sei. Dasselbe Blatt erzählt weiter, daß Hr. v. Mey senburg seine Mission in Rom glücklich zu Ende gebracht hat.

Das „Pays“ druckt die Luxemburger Annexionsproklamation ab.

Luxemburg ruft uns — sagt Monsieur Paul Cassagnac mit gewohntem Pathos hinzu; — es sträubt sich gegen diese Verträge, die seine Ueberzeugung in Banden halten und seine französischen Bestrebungen fesseln. Will man auch jetzt es wagen, die Volksstimme, die voll feuriger Ueberzeugung sich uns zuwendet, zu verläugnen; wird man sie immer noch hart an unserer Schwelle durch den preussischen Knebel erlösen lassen? —

Der „Temps“ dagegen macht folgende Bemerkung zu den Luxemburger Maueranschlägen:

Die Verfasser der Plakate haben augenscheinlich unter dem Einfluß irgend einer Hallucination gehandelt: sie bilden sich ein, Frankreich

rufe sie. Wer hat denn das bemerkt, und unter welcher Form hat dieser so feierlich bestätigte Ausruf stattgefunden?

Es sollen, wie aus dem der Kammer vorgelegten Bericht hervorgeht, in Frankreich neu angelegt werden: 9475 Kilom. Bivalwege für den großen, 29,081 für den mittleren und 142,502 für den kleinen Verkehr. Der Bau von 109,312 weiteren Kilom. ist vorläufig vertagt. Die Kosten für diese Arbeiten sind veranschlagt auf 1,517,392,225 Fr., die bis zu dem Betrag von 917,428,333 Fr. aufgebracht werden können. Das Defizit von 639,703,781 Fr. soll zunächst durch eine Subvention von 100 Mill. Fr. für die kleinen Bivalwege, 15 Mill. für die mittleren und dann durch Vorschüsse der Departemente und der Gemeinden gedeckt werden, welche den Kredit von 100 Mill. in Anspruch nehmen wollen. Um denselben die nöthigen Geldmittel zu liefern, wird aus den Fonds, welche die Gemeinden und öffentlichen Anstalten in der Depositions- und Konfirmationsgelder-Kasse niedergelegt haben, eine eigene Kasse gebildet, und wenn diese nicht ausreicht, so werden Trentenar-Obligationen ausgegeben werden. Der Umschlag der Kasse soll nicht über 200 Millionen sich erstrecken. Die gemachten Vorschüsse werden mit Kapital und Zinsen durch 4 Proz. Zahlungen während 30 Jahren getilgt. Die Obligationeninhaber erhalten 6 1/2 Proz.; der Staat trägt die Differenz.

Die großen Verkehrswege sind in 22 Departementen vollendet. In den Ober-Pyrenäen z. B. aber sind deren noch 79, in Ober-Savoien 75, in Savoien 72, in Corsika 60, in Cantal 50, in den Ober-Alpen 47 Proz. zu erbauen. Die mittleren Verkehrswege sind mehr zurück. Ein einziges Departement, das der Dife, hat sie ganz vollendet. Das Meurthe-Departement hat deren noch 2 Proz., die Somme noch 3 Proz. zu vollenden zc. Am meisten zurück sind die Ost-Pyrenäen mit 88 Proz., Corsika und Loire mit 87 Proz., Corrèze 86 Proz., See-Alpen 82 Proz., Ober-Savoien 78 Proz. zc. Am weitesten sind die kleinen Verkehrswege, auf welche die 100 Mill. auch verwendet werden sollen, im Rückstand. Das vorgeschrittenste Departement ist Seine-et-Marne, das noch 23 Proz. zu vollenden hat. Dann kommt Ober-Savoien, dem noch 33, Mosel, dem 35, Cavalbos, dem 36 Proz. fehlen. Am schlimmsten sieht es auch hier in den Ost-Pyrenäen aus, wo erst 1 Proz. ausgeführt ist; dann kommen Cantal und Corrèze, wo 2, Savoien, wo 3, Ardèche, Landes und Bienne, wo 4, Puy-de-Dôme, wo 6 Proz. zc. der kleinen Verkehrswege angelegt sind. — Rente 70.45, Cred. mob. 295, ital. Anl. 52.40.

Belgien.

Brüssel, 9. Juni. Bei den Kammerwahlen wurden 29 liberale und 26 liberale Kandidaten gewählt. In Brügge findet Ballotage statt. In Nivelles wurden 4 Liberale gewählt. Im Ganzen dürfte das Ministerium, abgesehen von dem noch unbestimmten Resultat der Ballotage in Brügge, durch die Neuwahlen eine Stimme in der Kammer gewonnen haben.

Niederlande.

Haag, 8. Juni. Die Liberalen sind sehr befriedigt, daß endlich ein Ministerium zu Stande gekommen ist, wenn auch ihr gefeierter Thorbecke keinen Platz darin gefunden hat. Sie wünschen natürlich, daß es sich halten möge, und ich glaube, auch andere Leute hegen solche Wünsche, denn das Hin- und Herzittern der letzten Zeit hat wohl selbst sehr robuste Naturen müde gemacht. Ueberdies läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die neuen Minister sämtlich persönliche Verdienste haben, wenn sie auch vielleicht nicht gerade die sieben Weisen der niederländischen Politik sein mögen. Der bedeutendste unter ihnen ist van Bosse, ein Finanzmann von Begabung und Auf; ihm bot bekanntlich 1866 der Kaiser von Oesterreich das Finanzministerium in Wien an. Der zweite ist der neue Kriegsminister, Staatsrath van Mullen; er gilt für einen der besten Generale Niederlands und sah früher in der Zweiten Kammer der Generalstaaten. Der Marineminister Brocq war bisher Direktor der Marinechule zu Willemsoord. Der Kolonialminister de Waal ist lange Resident in Niederländisch-Indien gewesen und gilt für vorzüglich befähigt. Der Justizminister van Vliet befehligte mit Auszeichnung eine Kathedrale im Gerichtshof von Nordholland. Das Portefeuille des Innern hat natürlich wieder der Bürgermeister von Amsterdam erhalten; man sieht Hrn. Jock dort ungern scheiden, doch hofft man, daß nun der Kanal von Amsterdam zur See ausgeführt werden wird. Hr. Roest van Limburg, der das Departement des Auswärtigen erhielt, war bisher Gesandter bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Er ist jedoch nur ad interim ernannt.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 6. Juni. Während der „Invalide“ vorgestern noch die Nachricht von dem Ausbruch der russischen Truppen gegen den Emir von Buchara bezweifelte, veröffentlichte dieses Blatt gestern selbst folgende amtliche Depesche aus Orel, 4. Juni: „Die Gewissenlosigkeit des Emirs von Buchara zwang den Generaladjutanten Kaufmann gegen ihn aufzubrechen. Der General schlug die Truppen des Emirs am 1. (13.) Mai auf den Anhöhen von Samarkand. Die Bewohner der Stadt schlossen die Thore vor den flüchtigen Bucharen. Nach dem glänzenden Sieg vom 1. (13.) Mai hat General Kaufmann am andern Tag Samarkand besetzt, welches sich ohne Schwertstreich ergab. Die Beute des Kampftags besteht in 21 Kanonen und dem vollständigen Lager des Emirs von Buchara. Unsere Verluste betragen 3 Subalternoffiziere und 28 Soldaten an Verwundeten und 2 Tode.“ Der „Invalide“ verspricht demnächst Näheres über die Veranlassung zu diesem neuen Feldzug mitzutheilen.

Großbritannien.

London, 8. Juni. Der ministerielle „Gerald“ hält die mancherlei Alarmnachrichten, besonders die neuesten Gerüchte in Betreff der Reise des Prinzen Napoleon für geradezu abgeschmackt, nimmt aber doch von dem allgemeinen Mißtrauen in Europa Notiz, das ihnen ihr Dasein gab. Allerdings seien die Versicherungen der Großmächte friedlich-

